

Was geplant ist:

- Beratung im Asylverfahren und Vorbereitung auf die Anhörung beim BAMF
- Deutschkurse
- psychologische Erstberatung und Vermittlung an Psychotherapeut_innen
- Zugang zu Strukturen und Kontakte zu Flüchtlingsselfstorganisationen und Unterstützungsorganisationen
- Kontakt zu Rechtsanwält_innen herstellen
- Kontakt zu weiteren Beratungs- und Unterstützungsorganisationen nach dem sogenannten Transfer in die Städte und Kommunen
- Internetcafé
- Kaffee-/Teeküche
- Raum für Kindergeburtstage
- offener Treffpunkt
- Spiele
- Austausch von Informationen, Vernetzung etc.
- Abendprogramm

Für den Aufbau eines Beratungs- und Aktionszentrums wird eine kontinuierliche Finanzierung und Mitarbeit benötigt. Einmalige und regelmäßige Sach- und Geldspenden sowie personelle Unterstützung sind daher erwünscht.

Kontakt:

Verein zur Unterstützung geflüchteter Menschen in der Sammelunterkunft
Friedland e. V.
c/o AK Asyl Göttingen
Geismarlandstr. 19
37083 Göttingen

baz-friedland@riseup.net
<http://papiere-fuer-alle.org/BAZ>

Bankverbindung:

Verein zur Unterstützung geflüchteter Menschen in der Sammelunterkunft
Friedland e.V.
Konto-NR: 56036528 IBAN: DE79 2605 0001 0056 0365 28
BLZ: 260 500 01 BIC: NOLADE21GOE
Sparkasse Göttingen

Beratungs- und Aktionszentrum in Friedland

Geschichte des Grenzdurchgangslagers

Das Grenzdurchgangslager Friedland wurde 1945 auf britische Anordnung zur Durchschleusung und Betreuung von Flüchtlingen eingerichtet. Dazu kamen zurückkehrende Kriegsgefangene und ab 1950 Spätaussiedler_innen. In der Folgezeit kamen u.a. Flüchtlinge aus Ungarn (während des Aufstandes 1956), „boat people“ aus Vietnam, Asylbewerber_innen aus Chile (1973), Tamil_innen aus Sri Lanka (1984), Albaner_innen (1990), Flüchtlinge aus der DDR, Flüchtlinge aus dem Irak (2009) und Flüchtlinge aus Syrien (2012). Seit dem 01.01.2011 ist Friedland ein Standort der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen und Erstaufnahmestelle des Landes Niedersachsen für Asylbewerber_innen. Außerdem ist es eine zentrale Erstaufnahmeeinrichtung für offiziell von der BRD übernommene Flüchtlinge. Zu letzteren gehören Flüchtlinge aus dem EU-Resettlement-Programm. Diese werden vom UN-Flüchtlingshilfswerk in Lagern in Krisenregionen betreut und von den Mitgliedsstaaten der EU aus humanitären Gründen aufgenommen und als besonders schutzbedürftig angesehen.

Zur aktuelle Beratungssituation

Im Erstaufnahmelager Friedland leben derzeit ca. 500 Geflüchtete. Die ansässigen Wohlfahrtsverbände beklagen, dass ihre Kapazitäten nicht ausreichen, um alle Asylbewerber_innen zum Asylverfahren beraten und informieren zu können. Die notwendige und ausführliche Beratung fällt für eine Vielzahl der Asylbewerber_innen somit weg. Dabei ist die Anhörung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), die im Erstaufnahmelager stattfindet, das Kernstück

im Asylverfahren. Denn nur wer in der Anhörung seine individuellen Erlebnisse und Fluchtgründe detailliert und „glaubhaft“ vorbringen kann, hat die Chance, dass das Asylgesuch nicht sofort als „*offensichtlich unbegründet*“ abgelehnt wird. Verordnungen wie Dublin II, die bestimmt, dass Geflüchtete ihren Asylantrag in dem Land stellen müssen, in dem sie erstmals den Schengen-Raum betreten haben, stellen zudem weitere Hürden dar. Das Schengen-Abkommen wurde von verschiedenen Staaten der EU- und Nicht-EU-Staaten unterzeichnet und soll den Wegfall von Grenzkontrollen sowie die Überwachung und Kontrolle der Außengrenzen regeln. Umso wichtiger ist eine unmittelbare und ausführliche Beratung und Aufklärung über Rechte und Möglichkeiten im Asylverfahren. Um den Beratungsbedarf größtmöglichst abzudecken, wollen wir durch unabhängige Asylverfahrensberatung und Anhörungsvorbereitung die Arbeit der ansässigen Wohlfahrtsverbände ergänzen.

Gesellschaftliche Abschottung

Asylbewerber_innen werden in der BRD mit einer Vielzahl an rassistischen Sondergesetzen, Verordnungen und Praktiken konfrontiert, die z.B. Aufenthaltsort, Bewegungsfreiheit, Ernährung, Zugang zu Arbeit und Bildung kontrollieren. Dies ist von der Bundesregierung politisch beabsichtigt und soll vor einer möglichen Niederlassung in der BRD abschrecken und klar signalisieren: Asylbewerber_innen sind nicht erwünscht. Dabei setzt die Asylpolitik der BRD in verschiedensten Formen auf Ausgrenzung, Diskriminierung und Stigmatisierung. Eine Form ist die zwangsläufige Unterbringung in Lagern, die mit weitreichenden Einschnitten in die Selbstbestimmung Geflüchteter einhergeht. Die ohnehin diskriminierende Unterbringung in Sammelunterkünften wird durch große Distanz zu Städten mit meist schlechter und teurerer Verkehrsanbindung verstärkt. Mit der räumlichen Isolation gehen Abschottung vom gesellschaftlichen Leben, sozialen Netzwerken, Ressourcen und Informationen einher.

Im Gegensatz zu manch anderen Sammelunterkünften ist das Erstaufnahmelager in Friedland nicht durch Zäune und Stacheldraht unmittelbar sichtbar vom restlichen Ort abgegrenzt. Doch Abschottung, Isolation und erschwerte Zugang zu Versorgungseinrichtungen und sozialen und politischen Netzwerken findet

auch in diesem Lager statt. Rudimentäre medizinische Versorgung, fehlende Treffpunkte außerhalb der Lagerstruktur, Residenzpflicht, kein Internetzugang oder kostspielige Fahrkarten zur nächsten Stadt Göttingen sind nur einige Beispiele für die Asylpolitik der BRD und die Situation im Erstaufnahmelager Friedland.

Wer wir sind

Das geplante Beratungs- und Aktionszentrum ist ein politisches, unabhängiges Projekt mit antirassistischer Ausrichtung. Es hat den Anspruch eines niedrigschwelligen Zugangs für alle. Das heißt, sowohl für Ratsuchende als auch für Menschen, die sich unterstützend einbringen oder einfach informieren möchten. Zurzeit engagieren sich in diesem Projekt über 30 Aktivist_innen aus verschiedenen Gruppen und Einzelpersonen mit unterschiedlichen Kompetenzen und Erfahrungen, die zum Teil schon länger in Friedland aktiv sind.

In dem Beratungs- und Aktionszentrum sollen Geflüchtete und Migrant_innen bei konkreten Fragestellungen und Problemsituationen unterstützt werden. Dabei stehen wir im engen Kontakt und regelmäßigen Austausch mit einer Kanzlei, die sich in Asyl- und Ausländerrecht spezialisiert hat. Unsere Arbeit ist auf die Interessen der Geflüchteten und Migrant_innen ausgerichtet, mit dem Ziel diese durchzusetzen. Dabei ist es uns wichtig, dass die Selbstbestimmung aller Beteiligten geachtet wird. Das Beratungs- und Aktionszentrum soll ein geschützter Raum sein, in dem Vertrauen aufgebaut werden kann.

Wir wollen einen selbstverwalteten Raum schaffen, in dem sich Menschen regelmäßig oder spontan treffen können, um Kaffee/Tee zu trinken, zu backen, sich auszutauschen, zu informieren und organisieren, kreativ zu werden und und und. Hierzu und auch zur Pflege persönlicher Kontakte der Besucher_innen soll kostenloser Internetzugang zur Verfügung gestellt werden. Das Projekt hat den Anspruch einer direkten Aktionsform, die sich gegen Ausgrenzung und institutionellen Rassismus richtet und eine Vernetzungsplattform darstellen soll.